

II- 994 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR BAUTEN UND TECHNIK

Zl. 43.272-Präs. A/71

Wien, am 8. März 1971

Anfrage Nr. 391 der Abg. Neuhauser
und Genossen betr. Errichtung eines
Amtsgebäudes für Bundesbehörden in
Wels ("Welser Behördenzentrum")

393 / A. B.
ZU 391 / J.
Präs. am 12. März 1971

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates
Dipl. Ing. Karl WALDBRUNNER

Parlament

1010 Wien

Auf die Anfrage, welche die Abg. Neuhauser und
Genossen betreffend Errichtung eines Amtsgebäudes für Bundes-
behörden in Wels in der Sitzung des Nationalrates am 3.2.1971
an mich gerichtet haben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

" Ausgehend vom Ergebnis des Architektenwettbewerbes
wird derzeit an der Detailplanung gearbeitet. Im Hinblick
auf die Größe des Bauvorhabens, dessen Baukosten auf über
70 Mio Schilling veranschlagt werden, ist mit der Beendigung
dieser Detailplanung etwa im Frühjahr 1972 zu rechnen. Von
diesem Zeitpunkt an ist der Baubeginn technisch möglich,
weshalb nicht gesagt werden kann, daß der Beginn dieses Bau-
vorhabens sich verzögert hat.

Der tatsächliche Baubeginn wird dann davon
abhängen, ob ausreichende finanzielle Mittel vorhanden sind,
um mit dem Bau des Bundesamtsgebäudes in Wels beginnen zu können.

In Anbetracht der derzeit beengten Kreditsituation
würde dies eine entsprechende Erhöhung der Ansätze im Bundes-
finanzgesetz ab dem Jahre 1972 erfordern; das Bundesministerium
für Bauten und Technik wird bemüht sein, alles zu unternehmen,
um dieses Projekt zum ehestmöglichen Zeitpunkt realisieren
zu können.

- 2 -

zu Zl. 43.272-Präs.A/71

Im Hinblick auf diesen Sachverhalt kann derzeit ein verbindlicher Termin über den Baubeginn nicht bekanntgegeben werden."

Hinsichtlich der Finanzierung der Neubauten des Bundes möchte ich abschließend auf folgendes hinweisen:

" Um alle noch offenen Unterbringungsfragen der Bundesverwaltung in absehbarer Zeit zu bereinigen, wäre ein Vielfaches der alljährlich zur Verfügung stehenden Mittel erforderlich. Es obliegt daher den einzelnen Ressortministern, die Dringlichkeit ihrer verschiedenen Wünsche betr. Neubauten festzulegen. Das Bundesministerium für Bauten und Technik ist sodann bemüht, die jeweils Erstgereihten in das Bäuoprogramm aufzunehmen."

Wegen der beträchtlichen Größe derzeit bereits laufender Bauvorhaben, wie z.B. das Palais Trautson für das Bundesministerium für Justiz, das Bundesamt für Besoldung und Verrechnung, das Bundesamt für Zivilluftfahrt, das Zollamt Wien, die Polizeidirektion Wien, die Jugendstrafanstalt Gerasdorf/Steinfeld, das Amtsgebäude Güssing, die Polizeikaserne Linz, das Landesgendarmeriekommando Graz sind auch für dringlich eingestufte Projekte Wartezeiten nicht zu vermeiden.

